



Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen-
und Integrationsbeiräte Bayerns

Kommunalpolitische Forderungen für eine vielfaltkompetente Kommune Kommunalwahl März 2026

Bekenntnis zur Vielfalt und Migrationsgesellschaft

Unsere Gesellschaft ist durch Migration geprägt und sie braucht sie. Eine sehr wichtige Aufgabe der Politik ist es, möglichen Unsicherheiten der Bevölkerung mit Haltung und Bekenntnis zur Vielfalt und einer sachlichen und integrativen Politik entgegenzutreten.

Nicht erfolgen darf, wie sich leider in den letzten Wahlkämpfen beobachten ließ, eine Dämonisierung der Migration – das stärkt die rassistischen und rechtsextremen Positionen und Parteien.

Was ist Ihre Position zur Migration?

Chancen und Grenzen der Kommunalpolitik

Integration findet bekanntlich vor Ort statt. D.h. am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sport dem Gesangsverein, in der Nachbarschaft - also in der Kommune.

Damit haben Kommunen eine große Verantwortung und angesichts der erheblichen Neuzuwanderung in den letzten Jahren auch viel zu tun.

Durch Migration sind vorhandene, prekäre Zustände sichtbar geworden. So beispielsweise fehlender und überteuerter Wohnraum, oder unzureichende Personalressourcen in Kita und Schule.

Hinzu kommt, dass Kommunen mit der veralteten Infrastruktur kämpfen und zugleich keine finanziellen Spielräume haben. In vielen Kommunen sind aufgrund steigender Ausgaben und sinkender Einnahmen harte Sparmaßnahmen angesagt. Selbst reichere Kommunen müssen bei den freiwilligen Leistungen den Rotstift ansetzen. Das betrifft viele Maßnahmen und Projekte im Bereich Integration, die bekanntlich nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehören. Da Bund und Land ebenfalls sparen wollen, drohen empfindliche Reduzierungen bei Maßnahmen, die dringend gebraucht würden, um die Integration der Zugewanderten zu fördern, Rassismus zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die vom Bund versprochenen zusätzliche Mittel bei den Kommunen ankommen. Viele Bereiche, die die Teilhabe der Zugewanderten betreffen (wie Asyl- und Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnis oder Antidiskriminierungsgesetze) werden vom Bund oder Land bestimmt werden. Hier wird es bei den Kommunalwahlen darauf ankommen, welche Haltung die antretenden Parteien, die alle auch Einfluss auf die Bundes- und auf Landesebene haben, bei den Themen Migration, Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt zeigen.

Vielfalt anerkennen und sichtbar machen. Partizipation und Repräsentanz der Menschen mit Migrationsgeschichte in der Kommune

a) Kommunales Wahlrecht für alle

Die erleichterte Einbürgerung und das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger*innen haben den Anteil wahlberechtigter Menschen mit Migrationsgeschichte erhöht. Die langjährige Forderung der AGABY nach kommunalem Wahlrecht für alle bleibt jedoch bestehen. Denn weiterhin sind erhebliche Teile der Bevölkerung gerade in den Großstädten von den Wahlen ausgeschlossen. Und das, obwohl sie in der Kommune leben und arbeiten und ihren Beitrag zu Gesellschaft und Wirtschaft leisten. Zu einer modernen Demokratie, die der gewachsenen Mobilität und Wanderbewegung Rechnung trägt, gehört die Möglichkeit der politischen Partizipation. Auch wenn eine Einbürgerung nicht möglich oder nicht nötig ist, weil eine Rückkehr nicht ausgeschlossen ist, sollten Menschen am politischen Leben vor Ort teilhaben können. Wir erinnern daran, dass EU-Bürger*innen bereits nach drei Monaten Aufenthalt ein kommunales Wahlrecht haben. Das sollte als Vorbild dienen.

b) Bildung und Stärkung von kommunalen Migrant*innen-Beiräte

AGABY fordert seit Jahrzehnten eine gesetzliche Verankerung der Beiräte, um auch unterhalb des Wahlrechts die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen zu stärken. Migrant- und Integrationsbeiräte ermöglichen es den Kommunen, von den Erfahrungen und Kenntnissen von Migrant*innen in der Gestaltung der kommunalen Politik zu profitieren.

Die Einrichtung von Beiräten ist bisher leider vom Wohlwollen des Stadtrates oder Kreistages abhängig. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass durch das Erstarken von Parteien, die antidemokratisches Verhalten an den Tag legen, die Zukunft der Beiräte stark gefährdet wird. Daher gehören die Verankerung der Beiräte und ihre Ausstattung mit Rechten und Ressourcen auf die Agenda der Kommunalwahlen.

*Befürworten Sie die Gründung und gute Ausstattung eines Migrant*innen-Beirates?*

c) Menschen mit Migrationsgeschichte in Parteien und Gremien

Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf allen Ebenen, also auch in den Stadträten und Kreistagen unterrepräsentiert. Das ist ein ernstzunehmendes Demokratiedefizit. Ohne die angemessene Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte bleiben die Perspektiven und Erfahrungen eines großen Teils der Bevölkerung unberücksichtigt und Migrant*innen haben keine Interessensvertretung. Das hat gefährliche Folgen und kann die Demokratieverdrossenheit und Identifikation mit der Gesellschaft befördern. Letztendlich stärkt es demokratiefeindliche Positionen.

Menschen mit Migrationsgeschichte müssen als Zielgruppe wahr- und ernstgenommen werden. Um Vielfalt in den Parteien und Wählergemeinschaften zu fördern, muss aktiv um sie als Mitglieder geworben werden. Aussichtsreiche Listenplätze sind wichtig, um historisch gewachsene Versäumnisse zu korrigieren. Demokratie braucht die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, also auch der Zugewanderten und Menschen mit Migrationsgeschichte.

*Was in Ihrem Wahlprogramm soll Migrant*innen überzeugen für Ihren Wahlvorschlag zu stimmen?*

*Wie erreichen Sie Migrant*innen als Zielgruppe?*

*Welche Listenplätze haben Kandidat*innen mit Migrationsgeschichte auf Ihrem Wahlvorschlag?*

Werben Sie aktiv um Neuzugewanderte und Menschen mit Migrationsgeschichte als Parteimitglieder?

Zivilgesellschaft und Ehrenamt stärken

a) Begegnung und Zusammenhalt in Stadtteilen stärken

Wenn von der Kommune als Ort der Integration gesprochen wird, dann gilt das für die kleinere Einheit, den Stadtteil, in besonderem Maße. Es ist wichtig, die demografischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungen im Auge zu behalten. Nur so können Begegnungen und Zusammenhalt gestärkt, Konflikte rechtzeitig erkannt und ein Miteinander in Respekt und Solidarität unterstützt werden. Gentrifizierungsprozesse in sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen führen oft dazu, dass die Gründe auf die Migration zurückgeführt werden. Statt der Benachteiligung entgegenzuwirken, werden mit falschen Maßnahmen werden Diskriminierung, ethnische Konflikte und Segregation noch befördert. Die Migranten- und Integrationsbeiräte plädieren stattdessen für partizipative und integrative Praxen.

Wir fordern:

- Stadtteilarbeit muss gefördert professionell unterstützt werden. Es braucht Räume für Begegnung und zivilgesellschaftliches Engagement und eine entsprechende Ausstattung dafür.
- Mit reflektierter Wohnungsbaupolitik muss dem Entstehen von benachteiligten und belasteten Stadtteilen entgegengetreten werden.
- Sozioökonomisch benachteiligte Stadtteile brauchen mehr Ressourcen und Unterstützung.

Wie wollen Sie benachteiligten Stadtteilen unterstützen?

b) Ehrenamt stärken

Ehrenamtliche übernehmen insbesondere im Bereich Migration viele wichtige Aufgaben. Das ermöglicht ein Engagement und Strukturen, deren Bedeutung nicht hoch genug geschätzt werden kann. Ehrenamt ermöglicht Begegnung und Zusammenhalt und bewirkt Integration in vielfacher Hinsicht. Gerade in der Flüchtlingshilfe, aber auch im Bildungsbereich, leisten Ehrenamtliche mit und ohne Migrationsgeschichte einen großen Beitrag, Menschen auf ihrem Weg zu stärken. Sie selbst profitieren ebenfalls von neuen Aufgaben und entstehenden Freundschaften. **Aber Ehrenamt braucht Anerkennung und hauptamtliche Begleitung.**

Wichtig sind:

- Stärkung und rechtliche Absicherung der Migranten- und Integrationsbeiräte auf kommunaler Ebene;
- Förderung der interkulturellen Öffnung von Parteien, Stadtratsfraktionen und kommunalen Gremien; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Demokratieförderung (z. B. durch Räume, Projektförderungen);
- Interkulturelle Öffnung in Bereichen des Ehrenamtes, in denen Migrant*innen oft nicht vertreten sind (Feuerwehr etc.).

Wie wollen Sie das Ehrenamt in unserer Stadt stärken?

Bildungsmonitoring und Rolle der Kommune

Bildung ist offiziell Ländersache. Bei den Schulen sind Kommunen offiziell nur Sachaufwandsträger. Deutsch- und Integrationskurse werden hauptsächlich vom Bund bezahlt. Dennoch sind Bildungsmanagement und ausreichende Bildungsangebote das A und O für die erfolgreiche Integration von Zugewanderten. So haben kluge Kommunen ein Auge auf die Angebote, Erfolge und Probleme und entwickeln eigene Strategien und Angebote, um z. B. Lücken im Sprachkursangebot zu schließen oder Schulen und Kitas in benachteiligten Stadtteilen besonders zu unterstützen.

Auch wenn es darauf ankommt, Eltern zu informieren und zu unterstützen, können Kommunen mit besonderen sprach- und kultursensiblen Angeboten die Eltern und Bildungseinrichtungen unterstützen.

Gebraucht werden:

- Schaffung von kommunalen Verantwortlichkeiten und zuständiger organisatorischer Einheiten, um Bildung und Migration zusammenzudenken und Vernetzungen von verschiedenen Akteuren zu ermöglichen;
- Ausbau von Kitaplätzen und Sprachkita-Programmen;
- Mehr Sprachförderung für neu zugewanderte Kinder in Kitas und Schulen;
- Bereitstellung von Dolmetscher*innen und mehrsprachigen Elterninformationen durch die Stadt;
- Förderung ehrenamtlicher Unterstützung für Schulen und Kitas;
- Kommunale Verantwortung für Prozessoptimierung bei der Vermittlung in die passenden Sprach- und Integrationskurse. Dabei soll die Kommune den Bedarf und ausreichende Angebote berücksichtigen.

Wissen Sie, ob die Sprachkurseangebote in unserer Stadt ausreichend sind?

Wie sehen Sie die Rolle der Kommune bei Unterstützung von Schulen und Kitas in besonders benachteiligten Stadtteilen oder Schulen mit hohem Förderbedarf?

Wohnen

Jahrzehnte lange Versäumnisse haben bezahlbaren Wohnraum in den Städten zu einem der wichtigsten Probleme in manchen Kommunen gemacht. Gerade in den Großstädten sind die Grundstücks- und Mietpreise explodiert, was Gentrifizierungsprozesse verstärkt und Integration verhindert. Konkurrenz um das knappe Gut Wohnraum unter den benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zu denen oft auch Migrant*innen gehören, sorgt für soziale Spannungen und fördert Rassismus.

Wohnungsbau ist zwar keine rein kommunale Aufgabe, aber die Kommunen brauchen Strategien für eine Steuerung des Wohnungsbaus und eine gerechte Verteilung der Sozialwohnungen. Kampf gegen Rassismus, Aufklärung, professionelle Kommunikation und Vermittlungshilfen sind die sofortigen Maßnahmen, die neben Förderung und Ermöglichung von neuen Bauprojekten nötig sind.

- Städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen mehr bezahlbare Wohnungen schaffen;
- Lokale Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (z. B. Testings, Sanktionen);
- Förderung von Stadtteilarbeit und Konfliktmoderation in sozioökonomisch benachteiligten Quartieren;
- Schaffung von Begegnungsräumen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wie wollen Sie mehr Wohnraum in den bayerischen Kommunen organisieren?

Wie wollen Sie gegen Rassismus, Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt vorgehen?

Kultur

Kommunen brauchen eine Kulturpolitik, die alle Bevölkerungsgruppen und ihre kulturellen Bedürfnisse im Auge behält. Kulturelle Vielfalt ist auch unabhängig von Migration gegeben. Es ist wichtig, dass Menschen ihre kulturellen Bedürfnisse und ihre kulturelle Identität im Einklang mit Demokratie und Menschenrechten leben, erhalten und weiterentwickeln können. Interkulturalität bedeutet nicht ein Nebeneinander von isolierten konservierten Nationalkulturen, sondern selbstbewusst in Austausch tretende, lernende und lebendige Kulturen von Menschen mit verschiedenen ethnischen, religiösen und soziokulturellen Bezügen. Für Zugewanderte und Künstler*innen im Exil bedeutet die Migration oft einen harten Einschnitt. So ist es wichtig, bewusst künstlerische Talente zu fördern und Zugang zu Ressourcen und Netzwerken der Kunst- und Kulturszene auch für Minderheiten und Neuzugewanderte zu ermöglichen. Die kommunalen Kulturämter brauchen oft eine Anpassung der großen Kulturinstitutionen und etablierten Angebote hin zu einer inklusiven Kultur, die die neuen Entwicklungen in der Bevölkerung reflektiert.

Forderungen sind:

- Förderung von interkulturellen Kulturprojekten und Vereinen durch die Kommunen;
- Kulturelle Vielfalt in Museen, Theatern und Stadtfesten sichtbar machen;
- Unterstützung geflüchteter und zugewanderter Künstler*innen durch lokale Stipendien, Atelierräume oder Auftrittsmöglichkeiten.

Was ist Ihre kulturpolitische Agenda, insbesondere im Kontext von Migration und Integration?

Kampf gegen jede Form des Rassismus und Antisemitismus sowie Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit

Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zu bekämpfen und betroffene Menschen zu schützen und zu empowern sind wichtige Voraussetzungen für ein gelingendes demokratisches Zusammenleben in der Kommune. Sowohl das Grundgesetz als auch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) formulieren den Anspruch, dass niemand aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion, , Geschlecht, sexueller Identität, Alter oder Behinderung diskriminiert werden darf.

Die Sensibilisierung für Rassismus und die Förderung rassismuskritischen Denkens und Handelns in kommunalen Strukturen und das Angebot von Antidiskriminierungsberatung, ob mit communitybasiertem oder horizontalem Ansatz, sind wichtige Bestandteile einer kommunalen Inklusionsarbeit.

Das erfordert:

- **Einrichtung einer unabhängigen, kommunalen Antidiskriminierungsstelle;**
- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung;
- Aufbau eines lokalen Monitorings von Diskriminierung und rassistischen Vorfällen;
- Verankerung von rassismuskritischen Fortbildungen in Schulen, Jugendzentren und in der Stadtverwaltung;
- Laut AGG sind Arbeitgeber*innen verpflichtet, Angestellte vor Diskriminierung zu schützen und eine Beschwerdestelle anzubieten: Hier sollten die Kommunen als Arbeitgeber*innen mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie stehen Sie zur Einrichtung und Finanzierung einer Antidiskriminierungsstelle?

Flucht und Asyl

Die Kommunen sind in vielen Fällen nicht direkt für die Unterbringung der geflüchteten Menschen zuständig, müssen jedoch für ihre Integration sorgen. Menschen mit Fluchterfahrung gehören zu den vulnerablen Gruppen in der Kommune. Sie sind durch Flucht, Traumata, finanzielle, rechtliche und gesellschaftliche Unsicherheiten und Einschränkungen besonders stark belastet. Um dieser Herausforderung adäquat begegnen zu können, brauchen Kommunen stärkeren Rückhalt und dürfen nicht alleine gelassen werden.

Wir verlangen:

- **Mehr Ressourcen für die Kommunen;**
- Dezentrale Unterbringung statt großer Sammelunterkünfte;
- Unterstützung von Ehrenamtlichen und Initiativen in der Geflüchtetenarbeit;
- Ausländerbehörde bzw. Einbürgerungsstelle der Stadt zu einer Willkommensbehörde umbauen (freundliche Kommunikation, Mehrsprachigkeit, kurze Wartezeiten).

*An welchen Stellen wollen Sie die Situation geflüchteter Menschen in der Kommune konkret verbessern?
Wie wollen Sie die Akzeptanz gegenüber geflüchteten Menschen in der Bevölkerung erhöhen?*

Arbeitsmarktintegration

Deutschland braucht Migration und auch Kommunen stehen im Wettbewerb um ausländische Fachkräfte. Die Migration von Fachkräften bedeutet, dass Menschen, zum Teil Familien, in der Kommune integriert werden müssen. Migrationsfreundliche Voraussetzungen, wie bezahlbarer Wohnraum oder Kita-Plätze, aber auch migrationskompetente Verwaltungen können somit zu wichtigen Standortvorteilen werden.

Deshalb braucht es:

- Informationen und Anlaufstellen für Neuzugewanderte breit bekannt machen;
- Kommunale Programme für Sprach- und Qualifizierungsangebote fördern;
- Beratungsstellen für Arbeitsmarktintegration (z. B. Jobcenter-Kooperationen) stärken;
- Unterstützung von Unternehmen vor Ort bei interkultureller Öffnung und im Engagement gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz;
- Stärkere Vernetzung mit Gewerkschaften und NGOs zum Thema Arbeitsmarktzugang und Arbeitsmarktintegration;
- Prozessoptimierung in der Ausländerbehörde bezüglich migrantischer Fach- und Arbeitskräfte, damit Arbeitgeber*innen den Einstellungsprozess reibungslos und schneller umsetzen können.

Fachkräftemangel ist ein großes Problem der Wirtschaft. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Arbeitsmarktintegration in der Kommune verbessern?

Gesundheit und Pflege

Immer mehr Migrant*innen kommen in das Senior*innenalter und benötigen Leistungen aus der Altenhilfe. Es ist wichtig, in den Pflege- und Seniorenheimen die spezifischen Bedürfnisse dieser Menschen, die oft jahrzehntelang harte Arbeit geleistet haben, zu berücksichtigen. Die Pfleger*innen müssen diesem Bedarf entsprechend kultursensibel ausgebildet werden. Besondere Rücksicht verdienen ältere Menschen der ersten Generation, die die deutsche Sprache nicht gelernt oder vergessen haben (z.B. aufgrund von Demenz).

Weiterhin zeigen aktuelle Studien, unabhängig vom Alter, dass Menschen mit Migrationsbiografie verstärkt von psychischen Krankheiten betroffen sind und gleichzeitig weniger Zugang zu therapeutischen Angeboten haben.

Deshalb brauchen wir:

- Zusammenarbeit von Integrationsbeirat und Verwaltung mit dem Seniorenbeirat;
- Flächendeckende Programme wie MiMI, die im Gesundheitsbereich interkulturell kompetentes und mehrsprachiges Personal vermitteln;
- Ausbau der Ressourcen im Gesundheitsbereich;
- Psychische Krankheiten bei der Gesundheitsplanung besser berücksichtigen und interkulturelle und mehrsprachige Kompetenz fördern;

Wie wollen sie Ressourcen dahingehend verwenden, um migrationsspezifischen und sprachlichen Barrieren im gesundheitlichen Bereich und bei der Pflege entgegenzuwirken?

Armutsbekämpfung

In einem der reichsten Länder der Welt mit großem privatem Reichtum lebt ein Teil der Bevölkerung in Armut. Gerade in kinderreichen Familien mit Migrationsgeschichte oder auch bei älteren Migrant*innen, die Jahrzehnte harte Arbeiten im Niedriglohnsektor geleistet haben, ist Armut verbreitet. Armut gefährdet ein Leben in Würde und hat bei Kindern oft zur Folge, dass die Teilhabe an Bildung und Kultur eingeschränkt ist und eine optimale Entwicklung behindert wird. Gerade die Kombination von Migration und Armut prägt viele Vorurteile gegenüber Migrant*innen und Migration.

Auch wenn eine Korrektur der Schere zwischen Arm und Reich vor allem Maßnahmen bei der Besteuerung auf Bundesebene bedarf, müssen die Kommunen im Eigeninteresse im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln, z. B. durch:

- Ausbau der städtischen Unterstützungsangebote für armutsbetroffene Familien;
- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Tafeln und Kulturtafeln;
- Spezifische Kultur- und Freizeitangebote für Menschen mit wenig Geld.

Was ist Ihre Position zur Armutsbekämpfung und wie wollen Sie die Teilhabe von Menschen mit wenig Einkommen unterstützen?

Kommune muss unter den Bedingung der Migration funktionieren. **Inklusive und migrationskompetente Kommunen**

Kommunen müssen in der Lage sein, mit Migration umzugehen. Dazu gehören die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Inklusion und Integration als Querschnittsaufgabe. Behörden sind Dienstleistungsstellen für Bürger*innen. Ihre Arbeit und ihr Auftreten sind die Visitenkarte des Rechtsstaates, gerade bei zugewanderten Menschen.

Ausländerbehörden gehören zu den ersten Ämtern, mit denen Neuzugewanderte zu tun haben. Sie müssen als Willkommensbehörden fungieren. Das gilt auch für Jobcenter, Arbeitsagenturen oder Einbürgerungsstellen, deren Dienstleistungen für viele zugewanderte Menschen von besonderer Bedeutung sind. Die ersten Kontakte mit diesen Behörden und Institutionen stellen die Weichen für Integration und können durch wichtige Informationen die Neuzuwanderer in ihrem Integrationsprozess unterstützen.

Damit dies gelingen kann, werden ausreichende Ressourcen in diesen oft unterbesetzten Behörden gebraucht. Stattdessen sind in vielen Kommunen bei den Ausländerbehörden oder Einbürgerungsstellen sehr lange Wartezeiten zu beobachten. Auch bei Verlängerung der Aufenthaltstitel oder der Beantragung einer Arbeitserlaubnis sind sowohl Arbeitgeber*innen als auch Migrant*innen oft mit langen Wartezeiten konfrontiert. Damit sind Unsicherheiten und verpasste Chancen verbunden.

Auch wenn Migrationsbewegungen, insbesondere aufgrund von Flucht vor Krisen und Kriegen, schwer vorzusehen sind, müssen wir sie auch in Zukunft einplanen. Der Bedarf an Lehrkräften, Wohnungen, Straßenbahnen oder Gebäuden darf nicht allein anhand von erwarteten Geburtenraten berechnet werden. In den Planungen muss der Faktor Migration mitberücksichtigt werden.

Die Kommunen brauchen:

- Ausreichende personelle Ressourcen in der Verwaltung;
- Öffnung der Stadtverwaltung (Mehrsprachigkeit, einfache Sprache, diverse Mitarbeiterschaft);
- Optimierung der Personalpolitik: Einstellung von mehr Beschäftigten mit Migrationsgeschichte, auch in Leitungsfunktionen;
- Interkulturelle und sprachliche Kompetenzen von Migrant*innen als besondere und besonders relevante Fähigkeit anerkennen;
- Verbindliche Fortbildungen für Mitarbeiter*innen in interkultureller und rassismuskritischer Kompetenz;
- Die Ausländerbehörde soll ihren Ermessensspielraum zugunsten der Antragsteller*innen ausschöpfen und die zum Teil schwierigen Lebenslagen der Betroffenen (z. B. bei Studierenden oder Traumatisierten) berücksichtigen. Es gibt hier viele gute Best-Practice-Beispiele der bayerischen Ausländerbehörden.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass lange Wartezeiten in der Ausländerbehörde und der Einbürgerungsstelle vermieden werden?

Sicherheit und Extremismusbekämpfung

Zuletzt wurde das Thema Migration oft mit vermeintlich bedrohter Sicherheit verknüpft. Gewalt gegen Frauen wurde gar als rein migrantisches Problem dargestellt und mit illegaler Migration in Zusammenhang gebracht. Zweifelsohne gibt es bei der Bekämpfung von Hasskriminalität, Femiziden und sexualisierter Gewalt großen gesamtgesellschaftlichen Handlungsbedarf. Ebenso stellt der Kampf gegen Terror und Rechtsextremismus wichtige Herausforderungen dar. Falsch ist aber, Migration als Ursache darzustellen.

Rechtsextremismus ist zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die Demokratie geworden und es ist Aufgabe der Gesellschaft und des Staates, wachsam zu sein und zu handeln. Allerdings sind hier nicht die Migrant*innen und Migration zu bekämpfen, wie oft suggeriert wird, sondern die kriminellen Strukturen und Personen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Migrant*innen sind selbst Opfer von Hass und Gewalt und wünschen sich einen besseren staatlichen Schutz und gesellschaftliche Solidarität.

Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund sind Teil der Lösung, bereits mit ihrer Arbeit als Polizist*innen und Bestandteil von Sicherheitsbehörden, aber auch als couragierte Bürger*innen und Bürger.

Vor allem werden rassistische und antisemitische Gewalttaten weiterhin hauptsächlich von Organisationen und Akteuren ohne Migrationsgeschichte ausgeübt. Aus dem Ausland importiert oder hier in migrantischen Communities entstandene extremistische und terroristische Organisationen und Taten sind selbstverständlich ebenfalls mit der ganzen Härte des Gesetzes und des Rechtsstaates zu bekämpfen.

Hier können Kommunen Folgendes tun:

- Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitsbehörden;
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Kampf gegen Rechtsextremismus;
- Stärkung von Präventionsarbeit in Schulen, Jugend- und Stadtteilarbeit;
- Mehr Schutzangebote (Beratungsstellen, ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern, Empowerment-Angebote für Frauen und Mädchen).

Wie wollen Sie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität in der Kommune stärken?

Welche Ressourcen stellen Sie zur Demokratieförderung zur Verfügung?